

**VEREINTE
NATIONEN**

Verteilung
ALLGEMEIN

Generalversammlung

A/RES/51/70
10. Februar 1997

Einundfünfzigste Tagung
Tagesordnungspunkt 105

RESOLUTION DER GENERALVERSAMMLUNG

[aufgrund des Berichts des Dritten Ausschusses
(A/51/614)]

51/70. Folgemaßnahmen zu der Regionalkonferenz über die Probleme der Flüchtlinge, Vertriebenen, anderen unfreiwillig Vertriebenen und Rückkehrer in den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und den betroffenen Nachbarstaaten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 48/113 vom 20. Dezember 1993, 49/173 vom 23. Dezember 1994 und insbesondere 50/151 vom 21. Dezember 1995,

mit Genugtuung Kenntnis nehmend von dem erfolgreichen Abschluß der am 30. und 31. Mai 1996 in Genf abgehaltenen Regionalkonferenz über die Probleme der Flüchtlinge, Vertriebenen, anderen unfreiwillig Vertriebenen und Rückkehrer in den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und den betroffenen Nachbarstaaten,

im Bewußtsein dessen, daß unfreiwillige Massenvertreibungen neben dem mit ihnen einhergehenden menschlichen Leid auch eine erhebliche wirtschaftliche und soziale Belastung bedeuten und sich auf die Sicherheit und Stabilität auf regionaler Ebene auswirken können,

in Bekräftigung der Auffassung der Konferenz, daß die Hauptverantwortung für die Bewältigung der mit der Vertreibung der Bevölkerung verbundenen Probleme zwar bei den betroffenen Ländern selbst liegt, daß die einzelnen Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten in Anbetracht ihrer begrenzten Ressourcen und Erfahrungen jedoch mit den schwerwiegenden Herausforderungen nicht allein fertig werden können,

daran erinnernd, daß der Schutz und die Förderung der Menschenrechte sowie die Stärkung der demokratischen Institutionen unerläßlich sind, wenn Massenvertreibungen der Bevölkerung verhindert werden sollen,

eingedenk dessen, daß die wirksame Umsetzung der Empfehlungen in dem von der Konferenz verabschiedeten Aktionsprogramm¹ erleichtert werden sollte und daß sie nur dadurch sichergestellt werden kann, daß alle interessierten zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und anderen Akteure in dieser Hinsicht zusammenarbeiten und koordinierte Maßnahmen durchführen,

mit Genugtuung über den Geist der internationalen Solidarität und Zusammenarbeit, der zum Erfolg des Vorbereitungsprozesses der Konferenz und der Konferenz selbst beigetragen hat,

in Bekräftigung der Wichtigkeit des Abkommens von 1951² und des Protokolls von 1967³ über die Rechtsstellung der Flüchtlinge,

1. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs⁴;
2. *dankt* der Regierung der Schweiz und den anderen Gastgeberstaaten, die die Abhaltung der Regionalkonferenz über die Probleme der Flüchtlinge, Vertriebenen, anderen unfreiwillig Vertriebenen und Rückkehrer in den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und den betroffenen Nachbarstaaten und eine Reihe von Vorbereitungstreffen möglich gemacht haben, sowie denjenigen Staaten, die dazu freiwillige Beiträge geleistet haben;
3. *begrüßt* das von der Konferenz am 31. Mai 1996 verabschiedete Aktionsprogramm¹;
4. *begrüßt außerdem* den innovativen Ansatz und die enge Zusammenarbeit zwischen dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, der Internationalen Organisation für Wanderung und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bei der Einleitung und Unterstützung eines konstruktiven multilateralen Dialogs zwischen einem breiten Spektrum betroffener Länder, der zu einer Einigung über Leitlinien für praktische Maßnahmen geführt hat;
5. *verleiht ihrer Befriedigung Ausdruck* über die Arbeit der Konferenz, die solide Grundlagen für weitere Maßnahmen der Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und der betroffenen Staaten sowie der zuständigen internationalen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen geschaffen hat;

¹A/51/341, Anhang.

²Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 189, Nr. 2545.

³Ebd., Vol. 606, Nr. 8791.

⁴A/51/341.

6. *unterstreicht*, daß es dringend notwendig ist, die Probleme der Vertriebenen anzugehen, Maßnahmen zu ergreifen, um Situationen zu verhindern, die weitere unfreiwillige Vertreibungen der Bevölkerung zur Folge haben könnten, und andere Arten von Wanderbewegungen in der Region wirksam zu steuern;

7. *fordert* alle Staaten sowie die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, die es betrifft, *nachdrücklich auf*, weitere Maßnahmen zu ergreifen, damit die Empfehlungen der Konferenz voll umgesetzt werden;

8. *bittet* alle Länder, soweit nicht bereits geschehen, dem Abkommen von 1951 und dem Protokoll von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge beizutreten und sie voll umzusetzen;

9. *fordert* die Regierungen der Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten *auf*, künftig noch stärker für die dem Aktionsprogramm zugrundeliegenden Grundsätze einzutreten und dafür zu sorgen, daß seine Durchführung voranschreitet;

10. *erkennt an*, daß die Durchführung des Aktionsprogramms zusätzliche Finanzmittel erfordert, und ruft zur internationalen Zusammenarbeit auf, damit den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten auf dem Gebiet der Wanderung und damit zusammenhängenden Gebieten Hilfe gewährt wird;

11. *begrüßt* die Bereitschaft der Staaten und der zuständigen internationalen Organisationen, die praktische Durchführung des Aktionsprogramms auf entsprechende Art und Weise und in einem entsprechenden Umfang in einem Geist der Solidarität und der Lastenteilung zu unterstützen;

12. *bittet* die internationalen Finanz- und sonstigen Institutionen, zur Finanzierung von Projekten und Programmen beizutragen, die im Rahmen der Durchführung des Aktionsprogramms unternommen werden;

13. *ersucht* das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und bittet die Internationale Organisation für Wanderung und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die laufenden und die geplanten Aktivitäten auch künftig in enger Zusammenarbeit zu lenken und so dafür zu sorgen, daß die Durchführung des Aktionsprogramms voranschreitet;

14. *fordert* alle zuständigen Organe, Gremien und Organisationen der Vereinten Nationen *auf*, im Rahmen ihres jeweiligen Mandats die Durchführung des Aktionsprogramms der Konferenz zu fördern;

15. *anerkennt* die wichtige Rolle, die den nichtstaatlichen Organisationen bei der Durchführung des Aktionsprogramms zukommt, und ermutigt die Regierungen der Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und die internationalen Organisationen, ihre Zusammenarbeit mit den nichtstaatlichen Organisationen zu verstärken und sie aktiv in den Folgeprozeß der Konferenz einzubinden;

16. *bekräftigt* die Notwendigkeit wirksamer Mechanismen für die Folgemaßnahmen zu der Konferenz;

17. *nimmt mit großer Genugtuung* die ersten Maßnahmen *zur Kenntnis*, die das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge in Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Wanderung ergriffen hat, um die Durchführung des Aktionsprogramms zu fördern;

18. *bittet* die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, ähnliche Initiative zu beweisen, indem sie zur wirksamen Durchführung des Aktionsprogramms beiträgt;

19. *begrüßt* die Gemeinsame operative Strategie für den Zeitraum 1996-2000 des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und der Internationalen Organisation für Wanderung in den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, in der die praktischen Dimensionen der Umsetzung der Konferenzergebnisse beschrieben werden;

20. *betont* die Notwendigkeit, diejenigen Empfehlungen des Aktionsprogramms zu befolgen, die die Achtung vor den Menschenrechten gewährleisten sollen, da dies ein wichtiger Faktor bei der Bewältigung von Wanderbewegungen, der Festigung der Demokratie und der Förderung der Rechtsstaatlichkeit und Stabilität ist;

21. *fordert* den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte *nachdrücklich auf*, im Benehmen mit dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, der Internationalen Organisation für Wanderung und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa denjenigen Bestandteilen des Aktionsprogramms Rechnung zu tragen, die unter sein Mandat fallen;

22. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer zweiundfünfzigsten Tagung über die Maßnahmen, die ergriffen wurden und geplant sind, sowie über den Stand der Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten;

23. *beschließt*, die Prüfung dieser Frage auf ihrer zweiundfünfzigsten Tagung fortzusetzen.

82. Plenarsitzung
12. Dezember 1996